

Das Wort, nach dem 11. September 2001 sei „nichts mehr wie zuvor“, wird mit dem zunehmenden Abstand zum Terrorakt gegen Amerika viel von der Wucht seiner summarischen Aussage verlieren. Die Differenzierung hat, selbst im traumatisierten Amerika, schon eingesetzt, obwohl der Schock des Ereignisses, das der einzigen Weltmacht sechzig Jahre nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor im fernen Hawaii Verletzlichkeit für Angriffe von außen signalisierte, noch längst nicht abgeklungen ist. Verändert haben sich aber in jedem Fall mehrere Grundbedingungen des außenpolitischen Handelns nicht nur für Amerika, sondern auch für Europa als allmählich entstehende internationale Aktionseinheit in der EU und für alle mit den USA verbündeten Länder:

Verdeckter „Heiliger Krieg“

Erstens: Die seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation mit der strategischen Bipolarität zwischen den beiden 1990 noch bestehenden „Supermächten“ USA und UdSSR samt ihren Bündnissen weltweit in Gang gekommene Lockerung der festen Bindungen und Auflösung der eindeutigen Bedrohungen ist mit dem Terrorangriff auf die USA in einen neuen Zustand der internationalen Sicherheit umgeschlagen. Dieser Zustand wird von der seit mehreren Jahren erkennbaren Verbindung zwischen einzelnen Staaten und ihnen kongenialen oder von ihnen abhängigen landlosen Untergrundorganisationen im verdeckten Kampf gegen andere Länder, in erster Linie gegen die „sin-

guläre Weltmacht USA“, und damit vom Terror als Ersatz für militärische Mittel und Instrument eines verdeckten Angriffskrieges gekennzeichnet. Die Verbindung zwischen der im Kern arabischen *El Kaida* des Saudi-Arabers Usama bin Laden aus einer der reichsten und einflussreichsten Familien des Königreiches mit weltweiten Geschäftsinteressen und dem von zwei Jahrzehnten Krieg ruinierten und verödeten Afghanistan mit 24 Millionen Einwohnern, in dem nur noch der Drogen- und Waffenhandel blüht, ist exemplarisch für die Natur dieser neu aufgekommene Aggressionsdrohung: Ein totalitäres Regime religiöser Prägung, das der *Taliban* oder „Koranschüler“, führt einen als Universalkrieg für den Islam verstandenen direkten Angriffskrieg gegen Amerika als die Zitadelle der Staatenwelt. Daher die konstante Berufung auf den Islam mit dem Anspruch nicht nur auf Weltgeltung, sondern auf Weltherrschaft über alle Völker, und auf den *Djihad* oder „Heiligen Krieg“ für den reinen Glauben. Dieser Appell an alle Muslime und islamischen Länder ging vom Afghanistan der Taliban und geht von der El Kaida bin Ladens als internationaler islamistischer Kampffront in einem weltweiten Untergrund aus. Er suchte sich in dem großen Terrorschlag vom 11. September das Fatale zur Kriegserklärung an Amerika.

Diese Herkunft und Natur des islamischen Terrors machen ihn verschieden vom „internationalen Terrorismus“ als „neuer Bedrohung“, den die USA seit der Reagan-Präsidentschaft zu Beginn der

achtziger Jahre, noch stärker akzentuiert unter den Präsidenten Bush sen. und Clinton, an die Spitze der Liste „neuer Herausforderungen“ und Sicherheitsrisiken für die NATO wie für die UNO zu setzen suchten. Nach zwanzig Jahren ist dies in der Folge des 11. September 2001 mit von der Bush-II-Administration zusammengebrachten „Internationalen Koalition gegen Terror“ (Bush jun.) zunächst gelungen. Ob diese Koalition über den Krieg in Afghanistan hinaus Bestand haben und gegen andere Länder wie den in Washington anvisierten Irak oder gegen Somalia wirksam sein wird, ist die eine große weltpolitische Frage; die andere betrifft die absehbaren und die weiteren Folgen für das Verhältnis des von Amerika geprägten Westens zum islamischen Orient und für das Verhältnis Europas zu Russland, Asiens zu China und Indiens zu den USA als der Führungsmacht des „Krieges gegen Terror“. Beide Fragen laufen in einigen Brennpunkten zusammen: im Irak Saddam Husseins, und am Horn von Afrika in dem inzwischen durch Bürgerkriege dreigeteilten Somalia und im Sudan, dazu im nahöstlichen Kriegsherd Israel-Palästina, der bisher zwar nur ein Schauplatz zweiter Ordnung für die Aggression durch Terror gegen die USA war, der aber nach dem Zusammenbruch der Taliban in Afghanistan und der Vertreibung oder Flucht der El Kaida aus diesem seit Ende November von der Koalition der USA weithin besetzten Land zum Fokus im Kampf der militanten Islamisten in ihrer zweifachen Feindschaft gegen Israel und die USA als die Schutzmacht des jüdischen Staates werden könnte.

Politischer Islam

Zweitens: Mit dieser zumindest zeitweiligen Verengung der Feindansprache vom allgemeinen „internationalen Terrorismus“ zum islamistischen Terror als Aggression gegen Amerika und den Westen

ist nicht nur das neue Feindbild konkretisiert, sondern damit auch eine neue strategische Hauptrichtung gewiesen – in den islamischen Orient, von dem geografisch und kulturell die neue Bedrohung ausgeht. Auch wenn Orient und Islam nicht mit dem aggressiven terroristischen Islamismus gleichgesetzt werden können und jede Verallgemeinerung unzulässig, dazu politisch falsch und strategisch kontraproduktiv ist, bleibt die Verbindung zwischen politischem Islamismus, religiösem Fundamentalismus im Islam und allen muslimischen Terroristen gleich welcher politischen Ausformung bestehen: Es gibt keinen Islamismus ohne den Islam, auch wenn im aggressiven, radikalen und militanten Islamismus die Religion entweder ausgebeutet wird oder pervertiert ist. Insofern ist die abwehrende Beschwichtigungssparole des Bundeskanzlers Schröder, es handle sich bei der Auseinandersetzung mit dem Islamismus nicht um „einen Kampf zwischen den Kulturen“ im Sinne der These Huntingtons vom „clash of civilizations“, sondern um „einen Kampf um die Kultur“, keine perfekte Parade, denn sie zielte zu kurz: Sie konnte den Kern der Sache, die Frustration des islamischen Orients im Verhältnis zur Moderne der westlichen Welt und seine gewalttätige Spitze, den aggressiven Islamismus der Muslim-Bruderschaften mit ihrem Privatkrieg gegen Amerika, wie bin Laden ihn führte, nicht treffen. Beide sind aber ein kulturelles wie ein ideologisch-politisches Phänomen, und in den internationalen Beziehungen bleibt das Problem des politischen Islam bestehen; dies gilt für zahlreiche muslimische Länder von Indonesien und den Philippinen über den indischen Subkontinent, Afghanistan und den Iran bis in die Türkei, den Kaukasus, Zentralasien, die Arabische Halbinsel, die Levante mit Syrien, dem Libanon, Palästina, Jordanien und Ägypten und über Nordafrika und den Balkan bis nach Europa.

Mit mehr als zehn Millionen offiziell registrierten Muslimen und einer Dunkelziffer illegaler Einwanderer von wenigstens zehn Prozent handelt es sich dabei um ein kulturpolitisches Integrations- und Koexistenzproblem, dazu kommt, wie die Verzweigungen des El-Kaida-Untergrundnetzes zeigen, ein Sicherheitsproblem, das die Asylfrage ebenso aufwirft wie die der Sozialhilfe und der Einwanderungspolitik, denn es handelt sich nicht nur um fremde Einsprengsel mit dem Versuch, sich abgeschirmte rechtsfreie Handlungsräume auch für illegale Geschäfte zu schaffen und ihr eigenes Clanrecht zu praktizieren, oder darum, dass fremde Konflikte in Europa eingeschleppt und hier ausgetragen werden; es geht vielmehr um die Benutzung der europäischen „Gastländer“ als Basisgebiet für einen terroristischen Kampf gegen bestimmte Regierungen oder Staaten und letztendlich gegen die politische und soziale Ordnung der so missbrauchten Asyl- und Gastländer selbst. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der islamistische Terror weder vom nationalistischen der PKK und der UCK noch von den Mafia-Methoden der IRA und der ETA in ihren nationalistischen terroristischen Untergrundaktionen.

Doch das Wesentliche liegt in der Herkunft, der islamischen Bindung und Solidarität, und in der persönlichen Opferbereitschaft der islamischen Terroristen der El Kaida wie der Hezbollah, der Hamas und der Islami Djihad samt ihrer Sympathisanten. Ihre Zahl ist im Orient offenkundig sehr groß. In den Bevölkerungen haben sie einen noch immer Schutz und Deckung bietenden Rückhalt. Dies wurde im Oktober/November 2001 während des afghanischen Krieges der USA mit ihrer Koalition gerade in Pakistan durch die wütenden Proteste deutlich, selbst wenn es sich nach der Schätzung des pakistanischen Staatschefs General Musharaff nur um eine radikale Minderheit von etwa

zehn Prozent der Bevölkerung handeln sollte.

Damit bleibt die Koalitionsfrage auf der Volksebene gestellt, vor allem in Pakistan bei den Paschtunen. Dies gilt auch für Saudi-Arabien oder Ägypten und selbst für die nach Westen hin offene und strebende, mit Amerika und Europa verbündete Türkei als größten säkularen Staat muslimischer Religion und Kultur. Die türkische Allianzpolitik wird von diesem soziologischen Schwergewicht der Bevölkerungsmasse und des in ihr sich regenden „türkischen Islam“ mit immer wieder verbotenen und neu gegründeten politischen Parteien mit großem Wählerzuspruch schon seit fast dreißig Jahren und in zunehmendem Maße beeinflusst.

Im Oktober 2001, kurz vor Beginn des amerikanischen Luftkrieges in Afghanistan, warnte der derzeitige türkische Generalstabschef den Ankara besuchenden amerikanischen Verteidigungsminister nachdrücklich vor einer Eskalation des „Krieges gegen Terror“ im Mittleren Osten durch amerikanische Angriffe auf den Irak.

Es handelt sich also auch um ein Problem der Beziehungen zwischen den USA und Verbündeten im Nahen/Mittleren Osten: Neben der Türkei gilt dies vor allem für das besonders exponierte Saudi-Arabien mit einer rigorosen islamischen Ordnung und einer fundamentalistischen Religionsdoktrin, aber auch für Ägypten, dessen säkulare Staatsgewalt im Inneren gegenüber den religiösen Autoritäten des Islam nicht frei ist. In der ambivalenten Frage der islamischen Solidarität, die mit den Sympathien nicht nur für das afghanische Volk, sondern für alle „islamischen Streiter“ bei großer Emotionalität der Volksmassen verbunden ist, muss auch Ägypten auf die Stimmung in der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Diese Stimmung aber war im Herbst 2001, während die amerikanischen Bomben in Afghanistan fielen, deutlich antiamerika-

nisch wie antiisraelisch wegen des fortgesetzten Blutvergießens in Palästina teils unter israelischer Okkupation und wegen des noch immer nicht erfüllten arabischen Anspruchs auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines unabhängigen Palästina, der in der „Al-Aqsa-Intifada“ seit September 2000 ein feuriges und blutiges Kampfsymbol um eine Sache des Islam gefunden hat.

In dieser Vermengung der diversen Streitfragen und der muslimischen Gefühle entstand politischer Sprengstoff am Fundament der Beziehungen zwischen den muslimischen Ländern und den USA als der dominierenden externen Großmacht mit Militärpräsenz auf arabischem Boden am Golf. Eben hier lag der historische Ursprung der Terrormotivation im Falle bin Ladens und seiner El Kaida nach dem Ende des Golfkriegs 1991. Der 11. September zündete in der arabischen Welt zwar noch keine kritische Masse, reicherte aber doch den Sprengstoff psychologisch in der Solidarisierung und in den kaum versteckten Sympathien für Gewalt gegen Amerika wie gegen Israel an. Damit war die Mittlerrolle der USA im Palästina-Konflikt zugleich frontal gefordert und gefährdet – eine hochriskante und komplizierte Situation für die USA zwischen Israel und den Arabern, dem Iran und Pakistan in Afghanistan, Indien und Pakistan über Kaschmir und dem Irak als wieder gefährlichem Feind in einer erneuerten Rüstung seit 1991, die auch die Fertigung chemischer und biologischer Massenvernichtungsmittel und möglicherweise sogar den Wiederbeginn nuklearer Waffenproduktion einschließt. Der „Krieg gegen Terror“ war damit nicht einfach „grenzenlos“ und auf einen „Feind ohne Gesicht“ außer dem bin Ladens und des Mullah Mohammed Omar gerichtet, sondern auf bestimmte Staaten, die man schon früher in Washington offiziell als *rogue states* oder „Schurkenstaaten“, neu-

erdings als *states of concern* oder „Besorgnis erregende Staaten“ bezeichnet hat, in erster Linie den Irak.

Erfolgreiche Kriegsführung

Drittens: Die amerikanische Kriegsführung in Afghanistan ab Beginn der Luftangriffe am 7. Oktober, die nicht nur im Orient und in Asien allgemein, sondern auch in Europa bei den NATO-Partnern anfangs starke Kritik hervorrief und zu mancher Polemik gegen Amerika Anlass bot, erwies sich abermals, wie schon 1999 im Kosovokrieg, schließlich als erfolgreich. Entgegen der weit verbreiteten Meinung gelang es den nur in geringer Zahl (bis zu neunzehn Angriffsflugzeuge am Tag) eingesetzten Jagdbombern von den drei Flugzeugträgern der 5. US-Flotte im Arabischen Meer und einem Dutzend schwerer Bomber B-52, B-1 und B-2 direkt aus Amerika oder von der britischen Insel-Basis Diego Garcia binnen etwa vier Wochen, die Nordfront der Taliban zwischen Mazar-i-Sharif im Westen und Djalallabad im Osten, die Kabul und die strategisch wichtigen Straßen deckte, sturmreif zu bomben und den schlecht ausgerüsteten Truppen der Nordallianz den Weg nach Süden freizumachen. Sobald die amerikanischen und britischen Kommandos der *Special Forces* am Boden die Zielerfassung für die Flugzeuge präziser machten und durch Laser die Waffen auf die Ziele richten konnten, wurde die Waffenwirkung der Luftangriffe so zielgenau und zielkonzentriert, dass die „Kollateralschäden“ auf dem Umfeld und damit auch die Verluste der Zivilbevölkerung (sofern das Zielumfeld überhaupt bewohnt war) drastisch reduziert wurden. Daran hatte es mangels Bodentruppen und Militärbeobachter auf dem Terrain 1999 im Kosovo gefehlt.

Der Kriegsverlauf wurde nach der Einnahme der nördlichen Städte Mazar-i-Sharif, Kabul, Kunduz und Djalallabad und nach der Landung der US-Marines

im Süden mit Operationen gegen das bis zuletzt von den Taliban verteidigte Kandahar mit der Aufgabe dieser Hochburg entschieden. Der amerikanische Erfolg war absehbar, was den Sturz der Taliban und die Zerschlagung der El Kaida im Lande angeht. Die Strategie der USA und deren operative Ausführung bewährten sich erneut unter schwierigen Bedingungen der Topografie, der politischen Lage mit den Zerklüftungen zwischen Ethnien und Stämmen dieses Landes ohne eine geeinte Nation zwischen Nachbarn, die ein unabhängiges Afghanistan nie zulassen wollten. Auf diese Nachbarn aber waren die USA politisch für Kooperation, im Falle Pakistans auch strategisch für den Überflug ihrer Luftangriffs- und Luftlandekräfte angewiesen, solange sie keine Festlandsflugplätze in Zentralasien oder in Afghanistan selber hatten, und im Koalitionskrieg bei unterschiedlichen politischen Zielen jenseits des gemeinsamen Erfolges über die Taliban. Dies war Ende November mehr, als irgendjemand Ende September erwartet hatte.

Strategische Partnerschaft

Viertens: Für die USA hatten sich mit dem 11. September die internationalen Prioritäten verändert. Von nun an galt, sich mit Russland und China, den beiden Vetomächten im UNO-Sicherheitsrat, zu verständigen, wenn ein „Krieg gegen Terror“ nach der Absicht der Bush-Administration weltweit und über lange Zeit bis zur „Beseitigung des internationalen Terrorismus“ als Aggressionsgefahr und Bedrohung der Staatenwelt geführt werden sollte. Präsident Bush musste dafür seinem russischen Gegenpart Putin in der Streitfrage über ein strategisches Raketenabwehrsystem, an dem die Bush-Administration im Prinzip festhielt, so weit entgegenkommen, dass er die schon vor dem 11. September angekündigte Aufkündigung des Moskauer ABM-Vertrags von 1972, der beiden Mächten landweite

strategische Raketenabwehr untersagt, zurückstellte, um eine Verständigung über dieses Problem zu suchen. Auch in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO musste neuer gemeinsamer Boden für eine Verständigung über engere militärische und sicherheitspolitische Kooperation auf der Basis einer tatsächlich privilegierten Partnerschaft zwischen Russland und dem Bündnis gesucht werden. Die Perspektive einer „strategischen Partnerschaft“, schon 1993 von Clinton angeboten, öffnet sich wieder.

Für Europa bedeutet dies zugleich Entlastung und eine Relativierung seiner Bedeutung als Partner der USA in der internationalen Sicherheitspolitik. Dies zeigte sich nach der Erklärung des NATO-Bündnisfalls durch den Nordatlantikrat im September deutlich in der amerikanischen Kriegführung in Afghanistan fast ohne europäische Beiträge, obwohl solche angeboten und – von Britannien und Frankreich – schon bereitgestellt oder sogar in Marsch gesetzt worden waren. Für Deutschland blieb die Herausforderung des Krieges erwartungsgemäß begrenzt, ja bescheiden: Nachschub bis in die Türkei. Es war klar, dass die USA sich nicht von ihren NATO-Partnern abhängig machen und alle ihre Schritte im NATO-Rat prüfen lassen wollten – die britische Mitwirkung war ihnen ohnehin sicher. Es war daher symptomatisch für die Kräfteverhältnisse, das amerikanische Interesse und die Bedeutung Europas als militärischen Faktors dritter Ordnung, dass zwar europäische Kriegsschiffe für die Sicherung der rückwärtigen Seeverbindungen zwischen Mittelmeer und Arabischem Meer und anglo-französische Jagdbomber-Unterstützung angefordert wurden, aber keine Bodentruppen. Amerika zog die Selbstständigkeit des „Go it alone“ so weit wie nur möglich vor. Europa spielte strategisch und politisch keine Rolle, solange gekämpft werden musste.